

*Rafael Behr*

## **Polizeiliche Präventionsarbeit der Zukunft**

### **Einschätzungen und Ideen im Anschluss an die Sitzungen der AG 14 (Polizeiliche Intervention und Prävention) anlässlich des Symposiums „25 Jahre Gewaltprävention im vereinten Deutschland – Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven“ an der Alice Salomon Hochschule in Berlin am 18. und 19. Februar 2016**

In Erweiterung der Arbeitsgruppenergebnisse folgen hier einige Reflexionen zur Prävention der Zukunft. Zwei Themenfelder beherrschten die AG-Arbeit, nämlich zum einen der Komplex „benötigte Rahmenbedingungen“ und das Themenfeld „gewünschte Synergien“.

#### **1. Rahmenbedingungen**

- Die polizeiliche Präventionsarbeit ist gegenwärtig in Deutschland noch nicht überall institutionell verankert. Die verlässliche Verortung in den Organisationsstruktur einer (Polizei-)Behörde ist aber unabdingbar, um die Präventionsarbeit weiter zu professionalisieren. Präventionsarbeit findet nach wie vor in vielen Behörden statt, weil und insoweit es engagierte Akteure (Vorgesetzte und ausführende Beamtinnen und Beamte) gibt, die die Notwendigkeit dieser Tätigkeit einsehen. Anders sieht es dort aus, wo, z.B. wegen akuten Personalmangels, kein Verständnis für eine strukturierte und „mit langem Atem“ ausgestattete polizeiliche Prävention vorherrscht.
- Auch das (Selbst-)Verständnis des Präventionsauftrages der Polizei ist nicht einheitlich. Während technische Vorbeugung unmittelbar eingesehen wird, sind z.B. die weniger gut zählbaren Aspekte der Prävention (Bewusstseinsveränderung, Sensibilisierung, z.B. im Seniorenbereich) auch weniger gut darstellbar und im Konkurrenzdruck hinsichtlich belastbarer Ergebnisse auf einigen Polizeidienststellen nicht dominant. Auch erlebt man immer noch, dass die Beamtinnen und Beamten der Präventionsdienststellen bei ad hoc-la-

gen auch gern wieder abgezogen und anderen Tätigkeiten zugeführt werden. Dies alles sind Zeichen einer mangelnden strukturellen Verankerung. Dem sollte dringend abgeholfen werden.

- Ähnlich verhält es sich mit strukturierten Qualifizierungsangeboten für polizeiliche, insbesondere aber auch der außerpolizeilichen (gewalt-)präventiven Akteure. Gerade auf dem Gebiet des Projekt-, Qualitäts- und Netzwerkmanagements braucht man gut ausgestattete und ausgebildete Menschen. In diesem Zuge muss auch immer wieder betont werden, dass die Polizei in den allermeisten Bereichen eher zu viel als zu wenig unternimmt, um Präventionskooperationen mit Leben zu füllen. Unter dem Eindruck von Einsparungsbemühungen und Personalknappheit ist in Zukunft auf eine deutlichere **Selbstbeschränkung der Polizei**, insbesondere auf die eigenen Aufgabenschwerpunkte und die Kompetenzen zu verweisen.
- Zur Professionalisierung der Präventionsarbeit der Polizei gehören auch eine oder mehrere Zentralstelle(n), die sowohl zur systematischen Sammlung und Analyse als auch zur Kommunikation von wissenschaftlichen Wirkungsnachweisen polizeilicher Intervention und Prävention eingerichtet werden sollten. Da polizeiliches Wissen und auch Präventionswissen in der Regel auf polizeilicher Erfahrung, seltener aber auf wissenschaftlicher Evidenz beruht (außer sie deckt sich mit der Erfahrung), ist dieses Gebiet noch unterrepräsentiert. Die Vernetzung von Theorie und Praxis der Prävention scheint außerordentlich dringend zu sein.
- Dazu zählt z.B. auch die regelmäßige Initiierung von praxisorientierter und verständlich formulierter (empirischer) Forschung. Eine nach wissenschaftlichen Maßstäben durchgeführte Wirkungs- bzw. Evaluationsforschung von polizeilichen Präventions- und Interventionsprojekten würde diesen mehr öffentliche Anerkennung verschaffen.
- Verlässliche Strukturen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene bilden die Voraussetzung für eine personen- und ereignisunabhängige Kooperation zum Komplex der Prävention. Die dort Tätigen können z.B. einiges zu den aktuell (z.B. in München und Hamburg) stattfindenden Pilotprojekten zum „Predictive Policing“ bei-

tragen. Will man mit einer technologisch unterstützten „Voraussagbarkeit“ nicht nur ein konkretes Einsatzverhalten steuern, sondern möglicherweise auch eine gesamte polizeiliche Haltung verändern, dann wird sich der Präventionsgedanke ausweiten müssen zu einem „Wechselverhältnis“ zwischen **polizeilichem Interventionseinsatz** und „**öffentlicher und privater kriminalistischer Vorsorge**“.

## Synergien

- Stabile Kooperation zwischen Wissenschaft, Praxis, Verwaltung und Politik sollen das Fundament künftiger, nachhaltiger und effektiver Gewaltprävention im Arbeitsbereich bilden.
- Gleiches gilt für Kooperationsstrukturen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.
- Ebenfalls bedarf es verlässlicher, nachhaltiger und interdisziplinärer Qualifizierungsstrukturen für Präventionsakteure aller Ebenen, die u.a. den Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis sicherstellen und damit zu einer Professionalisierung der Präventionsarbeit beitragen.
- Verbindliche Vereinbarungen zwischen den Präventionsakteuren sind unabdingbar. Die politische Leitlinie „Prävention ist Chefsache“ allein reicht nicht aus. Prävention bedarf einer gesetzlichen Verankerung und daraus folgenden institutionellen Absicherung.

Über die Arbeitsgruppenergebnisse hinaus folgen nun noch Reflexionen zum Verhältnis von „Human Resources“ und „Techno-Prävention“ in der polizeilichen Sicherheitsproduktion.

Leitfrage: Wie kann die Polizei die Sicherheit und das Schutz- und Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung angesichts technologischer Weiterentwicklungen gewährleisten?

Dazu habe ich drei Leithypothesen: Prävention der Zukunft wird a) zunehmend technologisch und b) geht vom physischen in den virtuellen Raum und sie wird c) apädagogisch-aufklärerisch.

Während zu Beginn der 80er Jahre das aus den USA stammende Schlagwort „Community Policing“ in Deutschland euphorisch aufgenommen, aber nie ernsthaft implementiert wurde (sieht man von den zahlreichen „runden Tischen“ im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention einmal ab), scheinen mittlerweile auch in den USA Polizeistrategien, die sich auf die sog. „root-causes“ beziehen ebenso an Attraktivität verloren zu haben wie die Anerkennung der Gemeinde oder des Sozialwesens als Auftraggeber für polizeiliche Sicherheitsaktivitäten. Stattdessen sieht man in den USA deutlich den Trend zu einer Militarisierung bzw. waffentechnischen Aufrüstung der Polizei und auch eine Tendenz zu zunehmender Aggressivität gegenüber der unangepassten Bevölkerung, insbesondere gegenüber Minderheiten. Diese Tendenz scheint mit der internationalen Terrorismus-Bedrohung auch nach Europa hinüber zu schwappen. Im Zuge der diversen Bedrohungsszenarien vollzieht die Polizei eine Entwicklung hin zur „Techno-Prävention“, d.h. zur Nutzung aller möglichen technologischen Möglichkeiten zur Verhinderung bzw. Entdeckung von Bedrohungslagen und von Kriminalität. Dazu zählen in jüngster Zeit insbesondere die Aufrüstung im IT-Bereich (Bekämpfung von Cyber-Crime, Kinderpornographie, virtuelle Streifengänge etc.), die Nutzung elektronischer Unterstützung zum Auspähen von Räumen (Drohnen) sowie die Implementierung von Software zur zuverlässigen Voraussage von Kriminalität (crime-mapping bzw. predictive policing). Insbesondere der letztgenannte Komplex führt zu einer Vorverlagerung des Begriffs der „Gefahr“ bzw. der „Gefahrenabwehr“, weil es in diesem Denken explizit noch gar keine konkrete Gefahr gibt, sondern die Gefahr in einem Zustand aufgespürt und eliminiert werden soll, in dem sie noch gar nicht zu sehen ist. Ein gemeinsames Merkmal aller technisch-technologischer Präventionsansätze ist die Dominanz der „Einsatzlogik“. Ob und in welchem Ausmaß sich im Zuge zunehmender Techno-Prävention auch das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung verändert, ob und in welchem Ausmaß diese Technik auch von der Bevölkerung genutzt wird oder sie davon anderweitig profitiert, ist noch völlig unerforscht und bleibt nach meiner Einschätzung auch mittelfristig ein „blinder Fleck“ in der Präventionsforschung.

Gleichzeitig sieht sich die Polizei zunehmenden personalintensiven Aufgaben ausgesetzt, so dass im polizeilichen Management immer wieder Überlegungen zur effizienten Nutzung des Personals angestellt werden müssen, was einschließt, sich auch aus pragmatischen Gründen immer wieder einer Aufgabenkritik zu stellen (Stichwort: Kernaufgaben der Polizei). In diesem Zusammenhang wäre es durchaus denkbar, dass sich die Stimmen in der Polizei mehren, die schon jetzt für eine Entkriminalisierung von Deliktsfeldern eintreten, die bislang noch mit Verve besetzt sind (z.B. in der Drogenkriminalität, bei Diebstahl geringwertiger Sachen in Kaufhäusern etc.).

Auf die Zunahme von Bedrohungs-Narrativen und der gleichzeitigen Zunahme von zivilgesellschaftlichen Schutzanforderungen an den Staat antwortet die Polizei nach meiner Einschätzung mit einer zunehmenden Technologisierung von Prävention. Dies betrifft nicht nur die apparativ Ausstattung, sondern auch eine Steigerung von Aktivitäten im virtuellen Raum. Damit verringert sich die Präsenz in der „realen“ Welt, es geschieht aber keine Verringerung, sondern eine Verlagerung polizeilicher Präsenz von der Realität zur Virtualität. Andererseits gibt es auch deutlich wahrnehmbare Tendenzen, die Verantwortung für den Schutz des Eigentums oder für den persönlichen Schutz mehr und mehr in die Verantwortung der Zivilgesellschaft zu legen. Mit Information, Beratung, Aufklärung und didaktischen Broschüren (z.B. zum „Enkel-Trick“) werden immer weitere Teile der Bevölkerung erreicht, die sich dann, nach einer Sensibilisierung durch die Polizei, selbständig und eigenverantwortlich um ihre eigene Sicherheit bemühen können, aber auch müssen. So ist die derzeit noch gültige Techno-Prävention im Zusammenhang mit dem Schutz von Wohnungen und Häusern nicht darauf ausgerichtet, eine tatsächliche Uneinnehmbarkeit des Besitzes zu garantieren, sondern möglichen Tätern solange hinreichend Widerstand zu bieten, bis sie im Weitermachen ein unkalkulierbares Risiko sehen und deshalb vom Versuch ablassen. Hintergrund dafür ist die Erfahrung, dass Täter nach kurzer Zeit Erfolg haben müssen, ansonsten sie ihren Versuch aufgeben, da dann das Entdeckungsrisiko für sie zu hoch wird.

Die Polizei wird in Zukunft verstärkt versuchen, über Information die Menschen zu ertüchtigen, ihr Hab und Gut selbst zu schützen. Die Sicherheitsindustrie wird dabei ebenfalls mitarbeiten, weil der Verkauf von Sicherheitstechnologie wahrscheinlich einträglicher wird als die Kompensation von Einbruchsschäden.

Die Veränderung der Personalsituation in der deutschen Polizei steht kontrafaktisch zum Ansehen und dem Sozialprestige. Wenn auch die zahlenmäßig Ausstattung immer wieder kritisch hinterfragt wird, so bleibt unter Fachleuten kein Zweifel daran, dass die Polizei ihren Kernaufgaben weiter erfolgreich nachkommt. Was aber zu den Kernaufgaben zählt, wird stets neu diskutiert. Es ist durchaus zu beobachten, dass die Polizei einen hohen Expertenstatus zugebilligt bekommt, und so verwundert es nicht, dass sie auch mit Autorität Beratungen in Sachen Prävention durchführen kann. Das ist aber nur mit qualifiziertem Personal zu gewährleisten. Dieses Personal muss über Erfahrungen und über pädagogisch-kommunikatives Geschick verfügen, um die betroffene Klientel auch wirksam zu erreichen. Dort, wo Erfahrung zählt und sie weitergeben werden kann, braucht es keine körperliche Aktivität und keine polizeiliche Intervention. Wenn sich diese Logik in der Polizei herumspricht, kann die allfällig zu beobachtende demographische Veränderung des Personals sinnvoll genutzt werden, nämlich – verkürzt ausgedrückt – die zunehmend mehr werdenden älteren Beamtinnen und Beamten in Tätigkeitsfeldern zu verwenden, in denen sie nicht so sehr körperlich anstrengende Arbeit leisten müssen, sondern ihre Erfahrungen als Berater in der Prävention weitergeben können.

Mit dem Anstieg des Sozialprestiges der Polizei ist allerdings auch ein Anstieg der Erwartung an polizeiliche Kompetenz und Versorgungsqualität gestiegen. Diesem Anspruch kann die Polizei nicht immer gerecht werden. Hinsichtlich des Dienstleistungsaspekts der Polizei sind in der Vergangenheit Erwartungen erzeugt worden, die die Polizei realistisch nicht durchhalten kann. Damit ist auch das „Anspruchsdenken“ der Bevölkerung gewachsen. Diese Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit vergrößert sich noch. Das führt möglicherweise zu einer Ernüchterung in der Bevölkerung, was die polizeiliche Service-Orien-

tierung anbetrifft. Zunehmend müsste sich die Polizei nämlich auf angestammte polizeiliche Handlungsfelder (vor allem die Strafverfolgung) zurückziehen und andere Felder (z.B. Mobbing-Beratung) anderen Institutionen/Experten überlassen. Diese zwei Entwicklungen lassen sich derzeit nur hypothetisch plausibilisieren, aber noch nicht empirisch überprüfen. Ich vermute aber, dass mit dem Thema „Prävention“ und mit der Spezifikation „Hilfe zur Selbsthilfe“ für die Polizei auch in Zukunft ein Reputationsgewinn zu erzielen ist. Deshalb ist sie klug beraten, auf diesem Gebiet zu „investieren“, bevor ihr andere Akteure zuvorkommen.

Die Sicherheit der Zivilgesellschaft hängt sehr substanziell mit den subjektiven Möglichkeiten zusammen, sich frei und ungehemmt zu bewegen und sich im Übrigen darauf verlassen zu können, dass der Alltag berechenbar bleibt. Statistik spielt beim subjektiven Sicherheitsgefühl nicht die maßgebliche Rolle. Prävention hat in einer immer saturierteren, aber auch immer älter werdenden Gesellschaft einen äußerst hohen Stellenwert.